

Sehr geschätzte Frau Wagenknecht,

[...]

Lassen Sie mich im Sinne einer Antwort auf Ihre Mail einen ganz grundsätzlichen Gedanken formulieren, der den Bürgern, die Sie vertreten – das ist jetzt nicht parteipolitisch gemeint – nur deshalb nicht auf den Nägeln brennt, weil ihnen seine Tragweite einfach nicht bewusst ist.

Wie sehr Änderungs- und Reformbedarf auf allen politischen Ebenen (Politik im umfassenden Sinn) besteht, hat sich mittlerweile bis in die Kindergärten und Schulhöfe herumgesprochen. Allein das Wissen um Änderungsbedarf wird indessen noch lange keine Änderung, oft nicht einmal den notwendigen Änderungswillen bringen. Änderung hat u.a. mit offenkundiger Sinnfälligkeit zu tun, weswegen jeder Änderungsbedarf, will er glaubwürdig UND sinnvoll sein, an der Wurzel des Übels beginnen muss. Die Wurzel des Übels ist m.E. in erster Linie unser politisches System. Es ist nämlich mitnichten eine (parlamentarische) Demokratie – wie immer man zu einer Demokratie im Sinne der Wahrheitsfrage stehen mag –, sondern eine Mischung aus einer Parteien- und einer wirtschaftlichen Lobbyisten-Diktatur. Lobbyistische Seilschaften haben das Sagen und das merken mittlerweile immer weitere Bevölkerungskreise.

Diese genannten Seilschaften sind eine systemische Krankheit.¹ Sie bedingen und legitimieren sich gleichzeitig wechselseitig in dem, was ihre jeweiligen Interessen ausmachen. Eine relativ einfache Analogie aus dem englischen Mehrheitswahlrecht möge dies verdeutlichen: Obwohl allen politischen Kräften bewusst ist, dass ein solches Wahlsystem im Prinzip den Wählerwillen negiert und bestehende Kräfteverhältnisse auf den Kopf stellt, sorgen jene, die gerade an der Macht sind, immer neu dafür, dass dieses undemokratisch lächerliche System beibehalten wird. Das System hat sich quasi verselbstständigt und ist weder für den Wählerwillen noch für die politischen Kräfte selber erreichbar.

Ähnlich verhält es sich mit unserer systemischen Parteiendiktatur. Einzelne Meinungen, selbst wenn sie unter einzelwahltaktischen Erwägungen betrachtet mehrheitsfähig wären, werden geflissentlich von Parteien- und das bedeutet Interessenmehrheiten ausgeblendet, niedergedredet oder totgeschwiegen. Das dürfte Ihrer Partei nicht anders ergehen als den Grünen oder anderen (relativen) Klein- oder Splitterparteien (siehe weiter unten). Dabei sieht es für mich so aus, als sollte Ihre Partei die gleichen Kinderkrankheiten oder Anlaufschwierigkeiten und das parteienlandschaftliche Nicht-ernst-Nehmen durchzumachen haben wie die Grünen in den 1970er Jahren. Und Mann/Frau Wähler fragt sich, warum unser politisches System eine derartige Lernresistenz aufweist bis man merkt, dass dieses systemisch (u.a. aus vermeintlichen Stabilitätsgründen etc.) gewollt ist.

Als unbedeutender und parteilich ungebundener Wahlbürger habe ich keinerlei Chance, die politischen Machenschaften zu durchschauen, geschweige denn zu beeinflussen. Deshalb meine Frage an Sie als Bundestagsabgeordnete: Sehen Sie aus pragmatischen Erwägungen heraus überhaupt eine Chance für eine diesbezügl. Veränderung des politischen Systems? Ließe sich denn wenigstens in Ihrer Partei ein Konsens in dieser nachweislich systemischen Schiefelage (auf einer ganz grundsätzlichen Ebene) finden?

Meine angelesenes Wissen sagt mir, dass solches – wenn überhaupt – nur über ein Mobilmachen der Bevölkerung möglich ist. Der Haken dabei: Es geht vorab um eine systemische Änderung, abseits aller sachthemenatischen und/oder parteipolitischen Erwägungen. Genau das aber lässt sich vor dem Hintergrund unseres politischen Systems wohl kaum einer Wählermehrheit vermitteln.

¹ Vgl. Rudolf Stiegelmeyr, Gottes- oder Menschenwahn?, S. 554ff.

Völlig unabhängig von sachthematischen Erwägungen und parteiideologischen Interessen, nur aus Gründen einer grundsätzlichen sozialen Gerechtigkeit, müsste die unbedingte Notwendigkeit der grundsätzlichen Veränderung unseres politischen Systems ins Auge gefasst werden (ich höre im Geist bereits das Gelächter im Bundestag, und beileibe nicht nur, weil wohl nur wenige Politiker/Innen den fachlichen Background für eine solche Thematik mitbringen!) Nur: Wo sich eine derartige grundsätzliche Veränderung nicht verwirklichen lässt, können Veränderungen auf der Sachebene (z.B. Veränderungen im Bereich des bestehenden Raubtierkapitalismus, oder der einseitigen Atomlobby, im Bildungs- oder im Gesundheits[un]wesen usw.) kaum durchgesetzt werden – selbst bei situativen oder temporären Verbesserungen wäre der Rückfall in das alte Übel (analog zum britischen Mehrheitswahlrecht) bereits im Ansatz wieder programmiert – einfach weil die fehlgeleitete demokratische Machtfrage als eines der Grundübel tabuisiert wird.

Dabei gäbe es genügend Kriterien, um Wahlsysteme nach ihrer heutigen politischen Brauchbarkeit, und vor allem nach dem Grad ihrer sozialen Gerechtigkeit zu beurteilen. Beginnend in der Antike, wo der römische Philosoph und Staatstheoretiker Cicero ziemlich eindeutig und gerade für unsere Situation zutreffend die Vorteile politischer Mischsysteme (die große Lösung) beschrieben hat bis hin zu beispielsweise dem vom Grazer Politikwissenschaftler Klaus Poier vorgeschlagenen Modell eines minderheitenfreundlichen und im Gegensatz zu herkömmlichen Mehrheitswahlsystemen gleichzeitig die Repräsentation von Minderheitsparteien garantierenden Mehrheitswahlsystems (die kleine Lösung; vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenfreundliches_Mehrheitswahlrecht) reicht eine weite Palette von politischen Verbesserungen, die dem bestehenden parteipolitischen Lobbyismus und der parteilich verfilzten Klüngelwirtschaft wenigstens vom Prinzip her (ohne langatmige Rechtsprozesse und Verfassungsklagen, die sich ohnehin meist totlaufen etc.) ein systemisches Korrektiv entgegenhielten.

Denn: Es geht m.E. schon lange nicht mehr um die Frage, ob wir eine Änderung des politischen Systems – europaweit! – brauchen, sondern um die Frage, wie wir das erreichen können. Dabei geht es, jedenfalls solange sich Macht und Interessen nicht im ursprünglich christlichen Sinn für das Gemeinwohl einsetzen lassen, zuerst um ihre vollständige Entkoppelung.² Dies geschieht am besten dadurch, dass politische Macht und das komplementäre Korrektiv der dazugehörigen Verantwortung auf möglichst viele und unterschiedliche Schultern (und damit nicht zuletzt auch Interessen) verteilt wird. Kommunitarismus nicht im Sinne eines gemeinschaftlichen Egalitarismus, sondern einer humanitären Gleichheit und ethischen Zusammengehörigkeit ist das Gebot der Stunde. Da aber Macht und Verantwortung zusammengehören, sind Wissen, Erfahrung und Erkenntnis die unabdingbaren Voraussetzungen, welche Macht und Verantwortung heute noch an ganz kleine Minderheiten und damit unweigerlich an kaum kontrollierte Interessen binden.

Deshalb setzt die notwendige Entkoppelung von Macht und Interessen ebenfalls einen Paradigmenwechsel im Bildungswesen voraus. Politische Willensbildung muss nicht nur mehrheitsfähig, nein, sie muss auch erkenntnisfähig gemacht werden. Dazu, und damit schließt sich der Kreis, ist es aber notwendig, dass diese Mehrheiten auch einen Sinn in ihrer politischen Verantwortungsübernahme erkennen können, u.a., indem sie vom politischen System nicht nur als Wählerstimmen betrachtet werden, die alle paar Jahre einen vermeintlichen Wählerwillen nach außen sichtbar machen dürfen, sondern politisch mündige, mitbestimmende Bürger in dem Sinne werden, dass sie – zumindest einmal auf lokaler und regionaler Ebene – ihre Bedürfnisse in eigenverantwortliche und handlungsfähige Politik umsetzen können. Wobei sich diese Handlungsfähigkeit nicht auf die politische oder technische Machbarkeit begrenzen lassen darf, sondern zuvorderst die christliche Prämisse von Nachhaltigkeit, Solidarität und Gerechtigkeit im Auge behalten sollte.

² Ebd., S. 537f.

Die Notwendigkeit und nachfolgend Ausgestaltung dieses politischen Paradigmenwechsels – das ist m.E. essentiell überlebensnotwendig – muss Verfassungsrang bekommen. Welche politische Kraft auch immer ein solch kommunitaristisch-föderalistische System gegenseitiger Kontrollen und gemeinsamer Interessen rückgängig machen möchte, darf solches nur über die Verfassung tun können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf Ihren Hinweis „*Wenn laut einer jüngsten Umfrage 88 Prozent der befragten Menschen mit dem bestehenden System unzufrieden sind ...*“ eingehen, denn er weist m.E. auf genau dieses systemische Übel, das von der Bevölkerung – zumeist unbewusst – längst als ‚notwendiges Übel‘ verinnerlicht und so zur politischen Gewohnheit wurde. Der Bürger ist zwar unzufrieden, aber er hat immer noch jenes Kurzzeitgedächtnis, welches wie im alten Rom nur allzu leicht mit Brot und Spielen besänftigt bzw. auf andere Gedanken gebraucht werden kann. Und vor allem denkt er (der Bürger und wahrscheinlich auch viele Politiker) noch in jenen Kategorien vom angeblichen Wirtschaftswunder (vgl. Gottes- oder Menschenwahn?, Abschnitt 7.2.5.3.3) des sog. Rheinischen Kapitalismus und der guten alten Zeit, in der das, was heute so falsch zu sein scheint, doch so wunderbar funktionierte. Und er träumt davon, dass, wenn nur richtig gewirtschaftet und ebenso regiert werden würde, alles wieder gut werden könnte. Der Durchschnittsbürger hat weder den Intellekt und schon gar nicht die Zeit zu begreifen, welche Mechanismen unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politlandschaft in der Westlichen Welt treiben und warum hinter all dem Übel ein – zumindest ein weiten Teilen – durchaus gewolltes System steckt.

Aus diesen und vielen anderen Gründen ist er nicht bereit, für eine Sache zu kämpfen, die er erstens nicht versteht und die er zweitens gar nicht wirklich beeinflussen kann. Die mittlerweile überschwer gewordenen Lasten des Alltags lassen ja nicht einmal mehr zu, dass die Menschen noch groß über ihr Schicksal nachdenken. Außerdem fließt in ‚Deutschen Adern‘ ein Blut, das politische Programme und deren Vertreter immer noch nach dem alten und völlig übersimplifizierten Rechts-Links-Schema polarisiert. „Die hasserfüllte Fixierung auf die ‚Linken‘ als verteufelten ‚inneren Feind‘ wurde seit den Jahren des Gründerkrachs und der damit verbundenen langen Depression (1873-1896) zu einer mentalitätsprägenden Konstante der herrschenden Klasse und der sich an ihnen orientierenden Mittelschichten (Ulrich Duchrow). Diese Mentalität steckt als inneres Kaleidoskop auch heute noch in weiten Kreisen der bürgerlich-konservativen Wählerschichten, weshalb Proteste und notfalls auch mal gewaltsamer Widerstand gegen das immer noch geglaubte staatliche Steuerungsrecht in diesen Kreisen verpönt sind.“³

Seien wir ehrlich, liebe Frau Wagenknecht, welcher Deutsche steht denn wirklich auf und verhindert notfalls unter Einsatz von Gewalt wie die französischen Bauern mit ihren Traktoren oder die Lkw-Fahrer die Durchsetzung missbrauchter politischer Interessen? ‚Stuttgart 21‘ scheint hier eine Ausnahme zu sein, aber es scheint nur so. Demonstrationsrecht und mediale Öffentlichkeit reichen bei weitem nicht aus, um wirtschaftliche und politische Klügelwirtschaft aus den Angeln zu haben. Dazu wäre es beispielsweise notwendig, das ganze Bahnhofsviertel mit schwerem Gerät dicht zu machen, sodass ein simples Wegtragen durch die Polizei gar nicht möglich ist.

Aber nein, lieber lassen wir obrigkeitshörige Deutsche, die Autoritätsdenken schon mit der Muttermilch eingesogen haben, um des schnöden Profits krimineller Wirtschaftsbosse willen Zigtausend Mitbürger von den Großkonzernen ausstellen, als endlich mal auf den Tisch zu hauen und, internationale oder nationale Verträge hin oder her, ein Firmengelände zu besetzen und notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Dabei wäre dies m.E. die einzige Sprache, die die betreffenden Wirtschaftsfunktionäre und ihre politischen Handlanger zum Einlenken bewegten.

³ Ebd., S. 626 (U.a. vor diesem Hintergrund wollte ich meinen in der Vornmail geäußerten vorsichtigen Hinweis auf den nomenklatorischen Aspekt Ihrer politischen Ziele verstanden wissen)

Es ist eine geschichtliche Weisheit, dass außergewöhnliche Zeiten und ungewöhnliche Probleme eben auch ungewöhnliche Mittel zur Lösung brauchen. Ich stelle mal eine ungewöhnlich anmutende These auf:

Zur Auflösung bestehender Machtverhältnisse bedarf es in jedem Fall einer größeren Gegenmacht.

Diese kann entweder gewaltsamer Natur sein und/oder abhängig machender Natur. Letztere besteht im Willen des Volkes, welchem sich – zumindest im Anfangsstadium ihrer Macht – nicht einmal Diktatoren ganz entziehen können. Allerdings gilt: Dieser Volkswille muss mobilisierbar sein, was die bestehende Macht naturgemäß zu verhindern trachten wird. Um diese Fähigkeit aber auch realistische Möglichkeit der Mobilmachung geht es in erster Linie, denn im Moment sehe ich weit und breit kaum eine Möglichkeit, den gängigen Verhinderungstaktiken, Beschwichtigungsstrategien und Missbrauchsverniedlichungen eine gezielte Mobilmachung des Volkes entgegenzusetzen.

Mobilmachung des Volkes setzt in Deutschland wie erwähnt erstens das flächendeckende Aufdecken und Anprangern der Missstände und zweites die Unglaubwürdigmachung derer voraus, die dafür verantwortlich sind. Ersteres versteht im vollen Umfang sowieso niemand (wer kennt sich schon aus im Dschungel wirtschaftlichen oder politischen Machtmissbrauchs) und Letzteres scheitert m.E. an der generellen Politikverdrossenheit („es ist doch egal, wen wir wählen, da ist keiner besser als der andere...“) und/oder globalen Aufgabehaltung. Aus eben diesem Grund sehe ich als Mobilmachungsgrund ehestenfalls noch ein radikales Unglaubwürdigmachen der bestehenden politischen Systeme – nicht allein ihrer Vertreter! Und genau da scheinen mir die bestehenden Machthaber – egal ob in Regierung oder Opposition – am längeren Hebel zu sitzen. Nicht zuletzt, weil in der Frage der Systemänderung das oben erwähnte britische Mehrheitswahl-Syndrom im Prinzip auch auf jede politische Opposition in unserem Land (und letztlich wohl in ganz Europa) zutrifft. Solange Politiker nämlich jede Art der systemischen Änderung mit dem Bild des Sägens am eigenen Ast assoziieren, sehe ich keine Möglichkeit der Änderung.

Ein weiterer Aspekt unserer politischen Systeme, welcher mit der vorgenannten Problematik eng verknüpft ist und damit ebenfalls dringend der Änderung bedarf, sind die ‚politischen Zulassungskriterien‘ für Wahrheit und Gerechtigkeit. Jegliche Anmeldung für einen Reformbedarf selbst augenfälligster Missstände muss zuerst einmal einen wahren Spießbrutenlauf gegen gängige Borniertheiten hinlegen. Politische Wahrheiten haben, egal wie argumentativ schlüssig und plausibel sie auch sein mögen, zuerst einmal folgende Siebe zu durchlaufen:

1. Der politische Status der Partei, aus welcher heraus sie geäußert wurden;
2. Der politische Status der Person, die sie äußerte;
3. Die Frage, in wie weit sie der zeitgeistig gängigen ‚politischen Korrektheit‘ entsprechen;
4. Die Frage, wie medienfähig sie sind, mit anderen Worten, ob und in wie weit die Medien dafür zu gewinnen wären;
5. Die Frage, wie mehrheitsfähig, will heißen wie parteipolitisch einträglich, sie sind.

Diese Siebe haben zum einen mit dem sog. ‚Matthäus-Effekt‘ (vgl. auch Wikipedia) zu tun, nachdem denjenigen noch gegeben wird, die bereits in der Fülle leben, hier also z.B. einen Namen bzw. einen hohen Status haben (Mt 13,12), und zum anderen mit dem leider immer weiter verbreiteten Irrtum, der Mehrheit mit Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit gleichsetzt (vgl. der Politologe Heinrich Oberreuter, Wahrheit statt Mehrheit – Über die Grenzen demokratischer Gesellschaftsformen, Olzog Verlag, 1986), ohne zu beachten, ob oder in wie weit diese Mehrheiten bereits abgestumpft sind gegenüber den genannten Wahrheiten oder sie aus anderen Gründen nicht wahrnehmen können/wollen.

Wie negativ alleine diese Auswüchse zu Buche schlagen, haben Sie wahrscheinlich zur Genüge am eigenen Leib erfahren. Ich stelle mir gerade vor, wie Ihre auf meiner Website aufgezeichnete Rede angenommen worden wäre, wenn sie der Präsident der Weltbank oder der Papst oder US-Präsident Obama gehalten hätte. Sehen Sie, das ist auch ein Stück jener (Schein)Demokratie, welche den Dreck ausmacht für klügelhaften Interessenlobbyismus, politische Vetternwirtschaft und wirtschaftliche wie parteipolitische Seilschaften, weil nicht Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern Status, Rang und Namen über politische Durchsetzungskraft befinden. Wenn wir davon nicht loskommen, können wir die Verpackung reformieren und neue Parteien wählen so oft wir wollen, wir werden weiter ins Chaos von Politikverdrossenheit, Anarchie und zum Schluss vielleicht sogar Bürgerkrieg hineinlaufen. Ich sage es Ihnen als Volksvertreterin ganz offen: Obwohl ich ein christlich geprägter Mensch und überzeugter Christ (nicht vorrangig im kirchlichen Sinne ...) bin, überkommen mich zunehmend angenehmere Gefühle beim Gedanken, jemand könnte das Parlament oder noch besser einen jener unseligen Wirtschaftsgipfel mitsamt allen Politikern in die Luft sprengen. Wenn schon für die Wahrheit geblutet werden muss, dann wenigstens einmal die Richtigen.

Auf ganz vielen Ebenen tut sich also bereits vor jeder sachthemen Diskusion ein riesiges systemisches Reformpotenzial auf, was meine oben gestellte Frage, ob sich dies überhaupt über eine parteiinterne Mehrheitenbeschaffung würde erreichen lassen, noch einmal neu perspektiviert. Sie, sehr verehrte Frau Wagenknecht, sind Politikerin, Bundestagsabgeordnete und damit Vertreterin jenes Volkes, dessen Bedürfnisse und Rechte (von Wünschen will ich gar nicht erst reden), so oft mit Füßen getreten werden. Gerade als Bundestagsabgeordnete und führende Parteipolitikerin müssten Ihnen diese Gedanken geläufig sein. Warum hört man in keiner Bundes- oder Landtagsdiskussion und in keinem politischen Forum Politiker, welche das politische System einmal grundsätzlich in Frage stellen? Ist das ein Tabuthema oder ein ungeschriebenes Gesetz überparteilicher Polit-Loyalität bzw. kollegialer Klügelwirtschaft?

Vielleicht irre ich mich, liebe Frau Wagenknecht, aber Ihre menschliche wie politische Sozialisation entstammt einer Zeit, in der politische Radikalität entweder nicht möglich war (Stasiregime) oder nicht nötig schien (z.B. gewaltlose Wiedervereinigung). Über den ersteren Fall brauchen wir nicht zu reden, aber in letzterem Fall hatten Sie und wir alle nur geschichtliches Glück, indem nämlich die Zeichen der Zeit (abgewracktes politisches System der DDR, weltpolitische Lage und Interessen, usw.) so einmalig günstig standen wie sie fast 60 Jahre zuvor und wohl ebenso einmalig ungünstig gestanden hatten. Nur, auf diese Gunst der Stunde sollte man sich so wenig verlassen wie ihre Ungunst auf die leichte Schulter zu nehmen ist – die Weltgeschichte zeigt uns, dass es ganz so gewaltlos leider nur selten geht. Im Übrigen geht es in Fragen von Radikalität und Gewalt primär nur um die Re-Aktion auf eine bereits bestehende Gewalt, denn nichts anderes führen Politiker und Wirtschaftsbosse dem Volk und der ganzen Menschheit tagtäglich vor die Augen, wenn sie ebenso unverschämt wie geflissentlich Recht und Gerechtigkeit zugunsten einiger Weniger mit Füßen treten.

Sehr geehrte Frau Wagenknecht, verzeihen Sie, dass es – obwohl im Prinzip nur ein Punkt angerissen werden konnte – ein bisschen viel geworden ist. Es wäre schön, wenn diese Gedanken nicht im politischen Alltag versiegen würden, sondern (wenigstens in Ihrer Partei) politischen Widerhall finden könnten. Und vielleicht hören wir dann wieder voneinander, wenn Sie mir Mut machende Entwicklungen aufzeigen oder wenigstens das allgemeine Gefühl vermitteln können, verstanden worden zu sein.

In diesem Sinn grüße ich Sie herzlich mit dem Wunsch für Erfolg und Gesundheit in Ihrem persönlichen wie auch in Ihrem politischen Leben.

Rudolf J. Stiegelmeyr